

Kemberger Zeitung

vormal's General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Inhalt des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streifen usw. enthält jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 50spaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., die 30spaltige Zeitspalte 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Wiederbehalte unentgeltlich geschiehen oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. Das Fehlen des wöchentlich Postgebühre; / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 67

Donnerstag, den 9. Juni 1932

34. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung Freitag, den 10. Juni, 20^{1/2} Uhr, im Rathaus.

1. Entlastung der Elektrizitätswerkrechnung 1930/31, Tagesordnung.
2. Rechnungsprüfung der Sparkasse 1931.
3. Anlauf einer fahrbaren Leiter für die freim. Feuerwehr.
4. Bewilligung eines Zuschusses für Uniformbeschaffung der freiwilligen Feuerwehr.
5. Ausbau des Gerätehauses der freiwilligen Feuerwehr.
6. Beihilfe für die freiwillige Sanitätskolonne.
7. Verpachtung der städtischen Grasnutzung.
8. Ummantelung der Mauergärten in eine Parkanlage.
9. Verkauf eines Grundstücks in der Gartenstraße.
10. Abgleich eines Erbvertrages über ein Baugrundstück an der Anhalter Straße.
11. Kenntnisnahmen.

Hierauf geschlossene Sitzung.

Erwähnenbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einladungskarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einladungskarten sind ungültig.

Kemberg, den 7. Juni 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

H. Ruden.

Das Kabinett an der Arbeit

Beratungen über die Dedung der laufenden Ausgaben.

Berlin, 7. Juni.

Zur Vorbereitung der nächsten Kabinettsitzung begannen im Reichsfinanzministerium Referentenberäthungen über die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um im Interesse der Anganghaltung des Staatsapparates die notwendigen Zahlungen für die nächste Zukunft leisten zu können. An den Beräthungen nehmen auch Vertreter des Wirtschafts- und des Arbeitsministeriums teil.

In welcher Weise die nötigen Gelder herbeigeschafft werden, ist eine noch offene Frage. Es kann insofern nicht noch nicht gelöst werden, ob die von der Regierung beabsichtigte geplante Beschäftigtensteuer oder die Verlängerung der Bürgersteuer kommen werden.

Reichstagswahl am 31. Juli

Als Wahltermin für die Reichstagswahl ist der 31. Juli festgesetzt worden. Der Entschluß des Reichspräsidenten über die Festsetzung des Wahltermins wird heute veröffentlicht werden.

Reichsarbeitsministerium befehlt

Der Reichspräsident hat dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Schaeffer zum Reichsarbeitsminister ernannt.

Präsident Schaeffer ist Beamter und bisher politisch nicht hervorgetreten.

Kommt ein Reichskommissar für Preußen?

Es mehren sich die Gerüchte, die von der bevorstehenden Einleitung eines Reichskommissars in Preußen wissen wollen. In welchem Zusammenhang sind in der Presse bereits die verschiedenartigsten Kombinationen aufgetaucht.

In einem Berliner Blatt wird neuerdings behauptet, daß die Reichsregierung die schlechte Finanzlage in Preußen zum Anlaß nehmen werde, einen Reichskommissar zu ernennen. Aus diesem Grunde würde zunächst der Landtag früher als ursprünglich beabsichtigt wieder einberufen werden, um zu entscheiden, einen neuen Ministerpräsidenten zu finden. Da dieses Begehren schon jetzt als aussichtslos betrachtet werden könne, würde zur Ordnung der preussischen Finanzen ein Reichskommissar ernannt werden. Es beachtet man betont zu werden, daß es sich hier lediglich um Vermutungen handelt.

Was die Finanzlage angeht, so liegen die Dinge tatsächlich folgendermaßen: Zwischen dem leitenden Reichsfinanzminister Dietrich und dem preussischen Finanzminister Klepper ist eine Abmachung getroffen worden, der zufolge das Reich verpflichtet, den Fehlbetrag im preussischen Haushalt in Höhe von rund 100 Millionen RM aus Reichsmitteln bzw. im Wege der Siedlung zu decken, wogegen die preussische Regierung auf ihre Anteile an der Siedlungsbank verzichtet. Von zuständiger preussischer Seite wird nunmehr erklärt, daß Preußen zwar keine Verpflichtungen hinsichtlich der Siedlungsbank voll erfüllt habe, daß es aber vom Reich bis auf den heutigen Tag noch keinen Pfennig als Gegenleistung erhalten habe.

Im übrigen nimmt die preussische Regierung in Sachen Reichskommissar eine abwartende Haltung ein.

Sie ist der Auffassung, daß sich zunächst die Parteien be-mühen müßten, einen neuen Ministerpräsidenten zu finden. Erst nachdem die Verhandlungen hierüber erfolglos geblieben wären, könne die Frage der Errichtung eines Reichskommissars überhaupt in die Debatte gerufen werden, womit die Regierung kaum allerdings zur Sache selbst nicht Stellung genommen haben will. Eine Stellungnahme der neuen Reichsregierung zu diesen Fragen liegt noch nicht vor.

Reich und Preußen

Von Papen fordert früheren Zusammenritt des Landtags.

Berlin, 8. Juni.

Reichsminister von Papen hat an den Präsidenten des preussischen Landtags, Kerl, ein Schreiben verfaßt, in dem eine frühere Einberufung des preussischen Landtages als ursprünglich beabsichtigt, empfohlen wird.

An dem Brief bittet der Kanzler den Präsidenten, sich dafür einzusetzen, daß der Preussische Landtag, der nach den bisherigen Dispositionen erst am 22. Juni wieder zusammen-treten sollte, früher einberufen werde. Der Reichsminister begründet diese Bitte damit, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwärtig überlebende wichtige Angelegenheiten, vor allem Finanzfragen, zu verhandeln seien, und daß er es für besser halte, wenn diese Verhandlungen auf preussischer Seite nicht von einem geschäftsführenden, sondern von einem nach verfassungsrechtlichen Grundätzen gebildeten ordentlichen Kabinett geführt werden können.

Präsident Kerl hat unmittelbar nach Empfang des Schreibens sich mit den maßgebenden Vertretern der Fraktionen in Verbindung gesetzt.

Die ursprünglich längere Beratung des preussischen Parla-ments war auf Wunsch verschiedener Parteien mit der Be-gründung erfolgt, daß die Parteien Gelegenheiten haben müßten, sich an dem jetzt im Gange befindlichen Wahlkampf in helfen zu beteiligen. Mit Rücksicht auf den gleichfalls ein-legenden Reichstagswahlkampf nimmt man in preussischen parlamentarischen Kreisen an, daß auch die zweite Sinti-tung des Preussenparlaments nur von kurzer Dauer sein wird.

Wahltermin des Landtags am Freitag

Präsident Kerl hat den Wahltermin des preussischen Landtags auf Freitag, den 10. Juni, nachmittags 17 Uhr, einberufen. In dieser Sitzung des Wahltermins soll die Entscheidung über eine frühere Einberufung des preussischen Landtages getroffen werden.

Die Finanzberäthungen

Zwischen dem Reichsminister und Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk einerseits und dem preussischen Wohlfahrtsminister Hirtfelder bzw. dem Finanzminister Klepper auf der anderen Seite fand in der Reichstags-zeitschrift eine Beräthung statt, die der Frage des 100-Millionen-Fehlbetrages im preussischen Haushalt galt.

Das Reich hatte sich jederzeit verpflichtet, der preußi-schen Regierung gegen Abtretung der preussischen Anteile an der Siedlungsbank die Mittel zur Dedung des Fehlbetrages zur Verfügung zu stellen.

Von Reichsseite wird zu dieser preussischen Darstellung erklärt: Bei der damaligen Beräthung, bei der das Reich durch den heutigen Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk vertreten wurde, sind keine verbindenden Zusicherungen gegeben worden. Es hat sich vielmehr lediglich um eine be-zügliche Äußerung gehandelt, da nach gewisse Verpflichtungen durch Preußen geleistet werden müßten. Die Verhandlungen seien insofern beendigt abgebrochen worden.

Krankeitsurlaub Dr. Brauns

Ministerpräsident Dr. Braun hat in einem an den Staatsminister Dr. Hirtfelder gerichteten Schreiben davon Mitteilung gemacht, daß er aus gesundheitlichen Gründen einen längeren Urlaub antreten müsse. Er hat Staats-minister Dr. Hirtfelder gebeten, die Präsidialgeschäfte des Mi-nisteriums in seiner Vertretung zu führen.

Wer wird Ministerpräsident?

Landtagspräsident Kerl hatte mit den Vertretern der Deutschnationalen und des Zentrums Beräthungen über die Lage, wie sie sich nach dem Schreiben des Reichskanzlers von Papen an den Landtagspräsidenten gegenwärtig in Preußen ergibt. Es ist anzunehmen, daß bei der Erörterung der Regierungsbildung in Preußen besonders die Frage besprochen worden ist, wer für den Posten des preussischen Mi-nisterpräsidenten in Aussicht genommen werden könnte. Es hat den Anschein, als ob an diesem Wege tatsächlich eine Lösung der Regierungsfrage in Preußen möglich ist.

Das Zentrum scheint unter Umständen bereit zu sein, sich an solche Verhandlungen einzulassen. Von den Natio-nalsozialisten ist zwar irgendeine Stellungnahme noch nicht bekanntgeworden, doch hält man es in parlamentarischen Kreisen für möglich, daß auch sie sich einverstanden erklären werden.

Bis zu der Wahlterminsitzung, in der ja nach Möglich-keit der Termin für die Wahl des Ministerpräsidenten fest-gelegt werden soll, werden die meisten Parteien Gelegenheiten haben, eine Klärung der preussischen Regierungsfrage her-bezuführen. Ueber die Verion des in Aussicht genommenen Kandidaten wird strenges Stillschweigen bewahrt.

Die Finanzverhandlungen gescheitert

Die Aussprache, die der stellvertretende preussische Mi-nisterpräsident, Wohlfahrtsminister Dr. Hirtfelder, und Fi-nanzminister Dr. Klepper mit dem Reichsminister von Pa-pen und dem Reichsfinanzminister über den Ausgleich des preussischen Haushalts hatten, ist, wie von preussischer Seite verlautet, insofern gescheitert, als das Reich erklärt habe,

im Augenblick nicht intendiert zu sein, die von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich für die preussischen Siedlungs-anteile zugewiesenen 100 Millionen Reichsmark zu überweisen.

Das preussische Staatsministerium tut sofort zum-ehren, um sich mit der erfindenden Lage zu befassen. Da die 100 Millionen Reichsmark zum Ausgültig Postgebühre; / erfordentlich sind, ist infolge des Scheiterns der Verhandlungen mit dem Reich ein Fehlbetrag in dieser Höhe des preussischen Haushalts vorhanden, der durch weittragende Beischüsse des Staatsministeriums ausgeglichen werden soll.

von Neurath über den neuen Kurs

London, 8. Juni.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times“ erklärte Reichsaussenminister Freiherr v. Neurath, daß das neue Kabinett, wie jedem unbefangenen Beobachter klar sein müßte, sich aus Männern mit gutem Willen und gelingendem Menschenverstand zusammenziele, die meist als frühere Be-amte eine erhebliche Vorbildung für ihren Ministerposten beizähen. Es sei dem Präsidenten von Hindenburg zum-ehrenberufen worden, um die vielen schwierigen Probleme zu lösen, die sich der deutschen Regierung entgegenstellten. Es werde in der Lage sein, Deutschland durch eine besonders schwierige Zeit hindurchzubringen.

Von einer Wiederherstellung der Monarchie ist keine Rede, und der Gedanke, daß Präsident Hindenburg dem früheren deutschen Kronprinzen das Amt als Präsiden-ten übergeben werde, ist eine reine Erfindung.

Freiherr von Neurath sprach sich außerdem über das vor-aussichtliche Ergebnis von Lausanne und der Abrüstungs-konferenz aus, die, wie er annehme, parallel laufend mit der Lausanner Konferenz, weiter fortgesetzt würde. Sie großen und ganzen werde die Kontinuität der deutschen Politik er-reichten. Er habe selbst Dr. Brüning geteilt, der sich jetzt in einem Zustand der Erholung befinde, und er glaube sagen zu können, daß der frühere Kanzler seiner Übernahme des Amtes als Außenminister zustimme.

Brüning verteidigt sich

Entgegung des alten Kabinetts auf die Erklärung der neuen Regierung.

Berlin, 7. Juni.

Der bisherige Reichskanzler Dr. Brüning und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichten folgende Erklärung:

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schmerzliche Bormürfe gegen die bisherige Regierung erhoben. Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen. Des deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem Verzicht, die Verantwortlichkeit zu verweigern, entgegenreten.

Wohin gehen die Bormürfe? Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen banfotter, die Reformen über so-mache Anläge nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation ange-pficht.

Was ist Wahrheit? Bei keinem Antrittsrat vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine Wirtschaftskrise die sich von Monat zu Monat ver-schärfte, die Währungen zerstückte und die für das durch Kriegsverlust und Kriegselos ohnehin geschwächte Deutsch-land besonders idare Wirkungen haben mußte. In einer Zeitpanne, in welcher der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabstank und als automatische Folge eine ungeheure Ar-betslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirte, war es — wie immer die Zustimmung einer Regierung sein mochte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückläufigen Bewegung abzurufen.

Andere Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Neieren gelebt, die Deutschland festhielten, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derlei Zeit mußte Sanierung von Banken, Industrieunternehmen, Schiff-fahrtsgesellschaften und zahllosen Gesellschaften in Hand-werk und Landwirtschaft unter Anwendung von Hunderten von Millionen Mark durchgeführt werden.

An dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozial-versicherungen um mehr als sechs Milliarden Mark ge-drosselt. Das sind nicht so-mache Anläge, wie es die Er-klärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche „Anpassung an die Armut der Nation“ ist weit-estgehend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen Mit-bürger geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Vol-kes Opfer zugemutet und in den außerparlamentarischen Verhand-lungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen ein großer Ausnahm erreicht worden. Dabei wurde die Wäh-rung trotz aller Stürme sicher behauptet dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt.

Das Kabinett Brüning ist aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vertretungen für die Sicherung des Staatsjahres 1932—33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Ganzdazwischen waren die finanziellen und technischen Maß-

nahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligen Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Seiblungsplan weiteren Volksteilen Hoffnung auf Lebenserhaltung auf eigener Scholle zu eröffnen. Durch das Scheitern dieses Planes ist der Ablauf des Sanierungswertes in einem entscheidenden Augenblick fast unterbrochen.

Diese Tatsachen sprechen mit unerlöschlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung. Wir haben nicht nur „ein Weg verloren“, sondern sie zu allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volke in aller Öffentlichkeit vorgelegt. Wir haben kein Trümmersfeld geschaffen, sondern unter schmerzhaften wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die zersetzenden Strömungen im Lande alle Kraft aufgewendet. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Inflationspropaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte geistige Überwindung dessen, was an zersetzenden Kräften innerhalb des deutschen Volkstörpers wirksam ist, wird weniger durch gelehrtliche Maßnahmen, als durch überzeugenden und überzeugenden christlichen Tatkraften der einzelnen erfolgen. Mit politischen Mitteln allein ist keine christliche Volkstutur zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unermüdliches Opfer in möglichster Gleichmäßigkeit zu verteilten. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu machen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Berufstätigkeit beachtet und zu weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.

Die Regierung Papen antwortet nicht

Berlin, 8. Juni.

Wie an unterrichteter Stelle verlautet, beabsichtigt die Regierung von Papen, die Erklärung der früheren Regierung Brüning zu beantworten. An zuständiger Stelle wird es als ungenügsamer Akt bezeichnet, wenn eine zurückgetretene Regierung insgesamt zu den Vorgängen Stellung nehme.

Keine Einigung in Genf

Abluß der Arbeiten des Landauschusses.

Genf, 7. Juni.

Der Landauschuss der Abrüstungskonferenz hat nach fünftägigen Beratungen seine Arbeiten abgeschlossen. Dem Ausschuss war vom Hauptauschuss die Aufgabe gestellt worden, den Angriffskarakter der Besätze, Anzweigen, Tanks und Befestigungen in der Nähe der Grenze zu bestimmen.

Auf keinem dieser Gebiete ist eine Einigung darüber möglich gewesen, welche Waffenarten als ausgeproben Angriffswaffen und Bedrohung der Zivilbevölkerung sowie der nationalen Verteidigung anzusehen sind.

Es ist nicht einmal gelungen, auch nur annähernd die Trennungslinien zwischen den reinen Angriffswaffen und den reinen Verteidigungswaffen anzudeuten. Der deutsche Vertreter im Landauschuss, General von Bötzfeld, hat in puncto in freier Anknüpfung an die Entwaffnungsbestimmungen des Versailles Vertrages vortragen und teilweise hierbei die Unterlegung anderer Überlegungen gefunden.

Der deutsche Vertreter hat zum Ausdruck gebracht, daß Befestigungen an der Grenze eine unmittelbare Bedrohung der Zivilbevölkerung bedeuten und ausgesprochen als Angriffswaffen anzusehen sind. Der deutsche Standpunkt ist in den Schlussbericht des Landauschusses an den Hauptauschuss in vollem Umfange aufgenommen worden.

Keine weitere Mitarbeit im Luftauschuss

Der Luftfahrtauschuss, der letzte der noch tagenden technischen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz, hat seine Arbeiten materiell mit der Annahme eines Berichts abgeschlossen, der auf französischen Vorschlägen aufgebaut worden war. Um diesen Bericht entpinn sich in der Schlussphase ein scharfer Kampf. Der italienische General Piccolo gerpfland nach allen Richtungen. Die Vertreter von Sowjetrußland und Deutschland schlossen sich der Erklärung des italienischen Vertreters an. Uebereinstimmend betonten die Vertreter Italiens, Sowjetrußlands und Deutschlands, daß der Bericht unläsliche Darstellungen und Uebersetzungen enthalte und in seiner Weise eine Lösung der dem Ausschuss gestellten Aufgaben bedeuten könne. In der Abstimmung wurde der französische Bericht mit 23 gegen 11 Stimmen bei 4 Stimmenhaltungen angenommen. Er wird dem Generalbericht des Luftfahrtauschusses an den Hauptauschuss als die Stellungnahme des Ausschusses eingegliedert.

Die Vertreter von Deutschland, Italien und Sowjetrußland lehnten im Hinblick auf das Ergebnis der Abstimmung die weitere Mitarbeit an den Arbeiten zur endgültigen Herstellung des Generalberichts ab.

Die Abrüstungskonferenz gelangt jetzt an einen entscheidenden Wendepunkt, da sowohl über die rein formale Weiterführung der Arbeiten als auch über die gesamten materiellen Grundlagen entschieden und ein Ausweg aus der völlig festgeharrten Lage gefunden werden muß.

In internationalen Kreisen nimmt man an, daß die Lausanner Konferenz nur von kurzer Dauer sein und das Schwerkrieg der ursprünglich in Lausanne zur Verhandlung vorgehenden großen wirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen auf die kommende Konferenz der Weltkonferenz verlegt werden wird. Die Lausanner Konferenz wird allgemein nur als die erste vorbereitende Etappe für die kommende Weltkonferenz angesehen.

Deutschlands Vertreter in Lausanne

Deutschland wird auf der am 16. Juni beginnenden Lausanner Konferenz durch den Reichspräsidenten von Papen, den Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath, den Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk und den Reichswirtschaftsminister Darnböck vertreten sein.

Ob der Reichspräsident für die ganze Dauer der Konferenz in Lausanne anwesend sein wird, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Außer den genannten Persönlichkeiten werden voraussichtlich Staatssekretär von Bülow und Staatssekretär Trendelenburg nach Lausanne reisen. Die amtliche Vertreterliste dürfte in Kürze bekanntgegeben werden.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 8. Juni 1932

* 125 Jahre „Kreis Wittenberg“. Nachdem bereits im vergangenen Jahre 50 Jahre seit der Erbauung des Kreisständehauses Wittenberg in der Lindenstraße vergangen waren, verzeichnet auch 1932 wieder eine bemerkenswerte Erinnerung in der Geschichte Wittenbergs: König Friedrich August von Sachsen verordnete im Jahre 1807, „daß dem jetzigen Curfürsten in Zukunft der Name des Wittenberger Kreises beigelegt werde“. Den Sitz der Kreisverwaltung übertrug Wittenberg bereits seit mehreren Jahrhunderten. Das fürstlich sächsische Amt Wittenberg hatte zu Anfang des 16. Jahrhunderts fast denselben Umfang wie der heutige preussische Landkreis Wittenberg. Abgesehen von der Stadt Wittenberg, die bekanntlich seit 1922 durch das Ausschließen aus dem „Kreis Wittenberg“ den selbständigen „Stadtkreis Wittenberg“ bildet, war damals das Dorf Leesa bei Jahna eine Enklave des Amtes Schweinitz und das Dorf Labeg bei Wittenberg eine solche des Amtes Seyda. Der Kurfürst mit Wittenberg als Sitz der Kreisverwaltung war sehr ausgebeutet: Etwa zusammen 500 Orte (Städte, Flecken und Dörfer) gehörten zu seinem Verwaltungsbezirk, während der heutige Landkreis Wittenberg aus etwa 100 Flecken und Dörfern und vier Städten (Bad Schmiedeberg, Kemberg, Bezsch und Jahna) besteht. Die Tatsache, daß vor 125 Jahren die Bezeichnung „Kreis Wittenberg“ amtlich festgelegt wurde, änderte sich nur dadurch, daß seit dem Jahre 1922 die beiden Verwaltungsbezirke „Stadtkreis Wittenberg“ und „Landkreis Wittenberg“ vorhanden sind, dessen letzteren Orts- und Flächenbestand im wesentlichen auf die 1817 erfolgte Neuverteilung der preussischen Kreise zurückgeht.

* Siebzig Jahre Bürger-Verein. Am 13. Juni sind 70 Jahre verflossen, seitdem die Idee mehrerer Kemberger Bürger, einen Verein zur Förderung häuslicher Angelegenheiten zu gründen, verwirklicht wurde. Am Herbst ds. Js. sind im Rahmen der heutigen Zeit Gelegenheiten gefunden, der gemeinsinnigen Wirksamkeit des Vereins und seiner Führer und Helfer in dankbarer Anerkennung zu gedenken. Seine Aufgaben hat der Verein in 70 Jahren vorbildlich gelöst. Den Bürger, die als Führer und Helfer an der Durchführung vieler Aufgaben mitgearbeitet haben und von denen aus Vergangenheit und Gegenwart nur einige Namen: H. Herrmann, Alb. Baraune, Alb. Quilisch, Veig. A. Kolbe, Aug. Huhn, W. Hamann, W. Wegmann, Sen. Vesoff, Sen. Schäfer, Hugo Müller und der derzeitige tatkräftige erste Vorsitzende des Vereins Tischlermeister und Stadtvorordnetenvorsteher Herrmann Uebler genannt sein, gebührt am Tage der 70. Wiederkehr des Gründungstages der herzlichste Dank — Die am Jubeltage vorgesehene Festigung wurde vom Einladenden für einen späteren Termin in Aussicht gestellt.

* Am Sonnabend und Sonntag hält der 5. Bezirk des Anhalt-Sächsischen-Gaues hier in Kemberg sein 9. Bezirksfest ab. Es besteht aus dem Festabend am Sonnabend im Hotel Blauer Hekt, den innerlichen Veranstaltungen am Sonntag auf dem Sportplatz an der Bergwitzer Straße und dem Festball im Hotel Blauer Hekt und Schützenhaus. Wie uns von der Bezirksleitung mitgeteilt wird, haben für die Wettspiele über 300 Turner und Turnerinnen aus dem gesamten Bezirksgebiet gemeldet; Namen, die im ganzen Gausgebiet bekannt sind, finden wir darunter. Es dürfte daher mit äußerst spannenden Kämpfen gerechnet werden. Allen Freunden des Turnens sei der Besuch der Veranstaltungen sehr zu empfehlen. Beim Festabend wirken mit außer unseren Kemberger Mitgliebern der Kantorei-Männer-Gesangverein, die Bezirkskriege und der W. L. W. Wittenberg mit einigen Darbietungen. Wir wünschen dem Turn-Verein einen guten Erfolg mit seinem Fest.

* Bei dem am Sonntag, den 6. ds. Mts. in Jahna stattgefundenen Kreisreifest beteiligte sich der hiesige Reiterverein und konnte folgende Preise erringen: Schulreiter im Verein Otto Hecker 1., Willi Richter 2., Otto Vesoff 3. Um Abreitungserreiter erhielt Kemberg den 3. Preis.

* In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde in der Zementwarenfabrik Kemberg ein Einbruch verübt. Gestohlen sind 2 Schraubstöcke, eine Handhabe, eine Kreißel, kleineres Handwerkzeug und 10—15 m Gartenschlauch (grau und rot) mit Wundstück. Die oder der Täter müssen mit den örtlichen Verhältnissen vertraut gewesen sein, da bei dem Einbruch nichts demoliert worden ist. Vor Anlauf der Gegenstände wird gewarnt. Sachdienliche Angaben, die vertraulich behandelt werden, erbittet die Landjäger.

* 9,96 Milliarden RM. Spartafasenzinsen Ende April im Deutschen Reich. Einer Meldung aus Berlin zufolge beliefen sich die Spartafasenzinsen bei den deutschen Sparkassen Ende April 1932 auf 9,965,64 Mill. RM gegenüber 9,951,20 Mill. RM Ende März. Der Berichtsmonat weist mithin eine Zunahme von 4,64 Mill. RM auf gegenüber einer Abnahme um 36,57 Mill. RM im März.

* Das Vierpennigstück bei Gehalts- und Lohnzahlung. Von den in letzter Zeit geprägten Vierpennigstücken lagern infolge mangelnder Nachfrage große Bestände bei den Reichsbankanstalten, obwohl von vielen Seiten Klagen über das Nichtvorhandensein dieser Münzsorte geführt werden. Um die Münze dem Zahlungsvorkehr zuzuführen, richtete nunmehr Reichsfinanzminister Dietrich an die Finanzminister der Länder das Ersuchen, die unterstellten Kassen anzuzuwelen, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern bei den Gehalts- und Lohnzahlungen jeweils eine Rolle zu 2 RM. in Vierpennigstücken auszugeben.

* Wittenberg. (Elbbamper festgefahren.) Ein Stromauf fahrender Elbbamper verlor am Sonnabend nachmittags gegen 6 Uhr trotz des hohen Wasserstandes die Elbbriicke zu passieren. Hierbei blieb er aber mit den Deelaufbauten an der Brücke hängen und fuhr sich selbst fest. Erst nach Entfernern der Aufbauten, der Wände, des Kompagshüschens, der Steuervorrichtungen usw. konnte er wieder flottgemacht werden. Er fuhr wieder zurück und warf Anker, bis das Sinken des Hochwassers die Durchfahrt gestatten wird.

* Klein-Banzenlen. (Unreife Früchte und Wasser — Qualvoller Tod eines Kindes.) Ein fünfjähriges Mädchen aus unreife Stachelbeeren und trank darauf Wasser Das unglückliche Kind lagte bald darauf über heftiges Leibweh und starb nachts unter qualvollen Schmerzen.

* Elfterwera. 4. Juni. Schwere Folgen hatte für einen Mann in Wessa die übliche Angewohnheit, viel Vargeld in der Wohnung aufzubewahren. Der Mann hatte aus Mißtrauen gegen die Wertebändigkeit des Geldes in seiner Wohnung unter dem Bett einen Betrag von annähernd 6000 RM aufbewahrt. Diese Tatsache war im Ort nicht übersehen geblieben. Am Donnerstagabend haben sich dann unbekante Täter, die durch das Fenster eingestiegen sind, das Geld geholt. Die Diebe, die eine Jade zurückgelassen haben, sind noch nicht ermittelt.

* Jessen (Ester). (Scharfe Kritik des Arbeitsamtes.) Der Verband der preussischen Landgemeinden, Kreisabteilung Schweinitz, hielt in Herberg und Jessen seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Vizepräsident des deutschen Landgemeindetages, Ministerialrat z. D. Schellen, Berlin, sprach über das Thema „Die kommunalpolitischen Tagesfragen vom Standpunkt der Landgemeinden“. Aus den Verhandlungen ist ein scharfer Vorstoß ersatznehmend, den Landrat Dr. Hies, Herberg, in Jessen gegen das Arbeitsamt Torgau unternahm, und zwar weist er darauf hin, daß von den Gemeinden Beträge zum Ausgleich des gemeindlichen Anteils an der Kreisfürsorge angefordert würden, ohne daß jemals eine Abrechnung erteilt werde. Weiteren sich Gemeinden dann weitere Beträge abzuföhren, so würden die angeforderten Summen einfach von den Uebereinstimmungen an die Gemeinden aus dem Einkommenssteueraufkommen abgezogen. Gegen diese Methode könne nicht entschieden genug Front gemacht werden.

Hochwassererfahrung gebannt

Der angeknüpfte Höchststand der Elbe ist nicht erreicht worden, so daß es nicht notwendig war, das Pregele-Weg zu ziehen. In Magdeburg wurde der Pegelstand früh der Höchststand mit 4,80 Meter eingetellen. Hiernach sind voraussichtlich folgende Höchststände zu erwarten: In Magdeburg in der Nacht zum Dienstag 3,70 Meter, in Neigripp am Dienstag abend 4,25, in Tangermünde am Mittwoch mittag 4,50, in Wittenberge in der Nacht zum Donnerstag 3,90 Meter.

GDV. gegen Sozialabbau

Wohin führt der Weg der Wirtschaft?

Am 12. Gaugtag des mitteldeutschen Gaues des GDV. in Wittenberg, der am Sonnabend und Sonntag stattfand, nahmen etwa 200 stimmberechtigte Delegierte und zahlreich weitere Vertreter aus allen Ortsgruppen teil. Am Sonnabend fand der eigentliche Gaugtag statt, auf dem die Jahresberichte des Vorstandes erlassen wurden. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt. In einer angenehmen Entschließung wird die Durchführung eines in sich geschlossenen Wirtschaftsprogramms und die Stabilisierung der Binnenmarkterhältnisse gefordert. Abgelehnt werden weitere Lohn- und Gehaltskürzungen, sowie die Bekämpfung der Inflationsverhinderung. Schließlich wird die beschleunigte Wiederherstellung der durch die Notverordnung vom 8. Dezember v. J. beeinträchtigten Rechte der Beschäftigten verlangt.

Auf der öffentlichen Kundgebung

am Sonntag vormittag bekannte der bisherige Reichstagsgeordnete Lemmer, die letzten drei Monate im Landen schienen darauf hinzuwirken, den gewerkschaftlichen Kampforganisationen Ideal und materiellem den Todesstoß zu versetzen. Der selbstbetreuende Bundesvorsitzer des GDV, Max Rössiger, Berlin (MDAV), sprach zum Thema: „Wohin führt der Weg der Wirtschaft?“ Der Redner wandte sich gegen die Anarcho-Verbreitungen und bekannte sich zum Gedanken der Weltwirtschaft. Der neuere Reichstagsabgeordnete Hans auf dem Landen, der in der Kundgebung an der Spitze stand, meinte der Redner, sei auf sozialpolitischem Gebiet von ihm wirklich nicht zu erwarten. Aber auch gegen jede Diktatur wandle ich Köpfer, gleichgültig, ob sie von rechts oder links kommen.

Der Gehör auf Kommando.

Halle. Vor der H. Straßmann kam die Berufungsverhandlung im Falle Göhre zur Durchführung. Im Dezember v. J. war im Treppenhaus des Jugendamtes der Stabiobersekretär Göhre mit einem lebensgefährlichen Vunghieb aufgefunden worden. Ein größerer Geldbetrag war fehlte. Die sich hinter dem Verurteilten, hatte Göhre seinen Freund, den arbeitslosen Buchhändler Pfeiffer gebeten, ihn zu erschließen. Pfeiffer hatte jedoch nicht den Mut, die Tat auszuführen. Er holte seinen Schwager, den arbeitslosen Haller, ließ ihn vor dem Jugendamt warten, ging hinein, nahm den Göhre 570 Mark in Empfang und schickte dann seinen Schwager zu Göhre. Göhre bräute diesem die Pistole in die Hand, und Haller löst.

Vor dem Schöffengericht Halle wurde Göhre zu einem Monat Gefängnis, Haller und Pfeiffer zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Sämtliche drei Verurteilten wurden verworren. Nur Haller erreichte, daß vier Monate der Untersuchungsgehalt angedrängt wurden.

Torgau. Landrat Dr. D. Gerete legte in der letzten

Gemeindevorstandssitzung des Torgauer Kreislandtages sein Amt als Kreisbauernmeister nieder. Gleichzeitig teilte er mit, daß auch der geschäftsführende Kreislandtagsvorstand zurückgetrete. Der Rücktritt ist unter dem Druck der starken nationalsozialistischen Oppositionsdruck erfolgt. Als Nachfolger Dr. Geretes wurde Landrat Boes, Moderehna genannt.

* Delisch. Auf dem Hof des Delischer Postamtes explodierte der Benzinanz eines Landpostfahrzeuges. Ein Brandmeister der Delischer freiwilligen Feuerwehr, der mit einem Handfeuerlöscher aus acht Meter Entfernung den Brand zu löschen versuchte, erlitt durch die Explosion mehrere schwere Brandwunden am Kopf und an den Händen. Auch ein Postbeamter wurde am Kopf verletzt.

Stimmertag bei NSDAP. und SPD.

Schönebeck-Bab Salzelmen. Am Sonntag fanden hier die Kommunalwahlen statt, die durch die Schaffung der neuen Großgemeinden erforderlich geworden waren. Die Wahlbeteiligung war geringer als bei der Landtagswahl. Sie betrug nur 77 Prozent gegen 86 Prozent. Von 18 192 abgegebenen Stimmen erhielten die Sozialdemokraten 5 992 (Stimmertag 7 968) und zwölf Mandate, die Kommunisten 3 054 (2 713) und sechs Mandate, die Deutschnationalen 1 794

Acker- und Wiesenverkauf.

Freitag, den 10. Juni, abends 8 Uhr in der Goldenen Weintraube in Kemberg
Es kommen zum freiwilligen Verkauf:
Gadiger Föfke Acker und Wiese 1 ha
Spizengärten " " 4 Morgen
Räuberhäute " " 1 1/2 Morgen
An der Schmiedeburgerstraße gute Baustellen: 4 Morgen
Bedingungen im Termin Der Besizer



Herzlich willkommen

und andere

Decorationsplakate

Decorationsfähnchen

empfehlte zum Turnfest in großer Auswahl

Richard Arnold, Buchhandlung

Empfehle ständig frisch:

Salat	Blumenkohl	Radieschen
Salatgurken	Wirsingkohl	Erdnüsse
Spinat	Apfel	Stachelbeeren
Spargel	Apfelsinen	Suppengrün
Rhabarber	Bananen	neue Kartoffeln
Kohlrabi	Zitronen	neue saure Gurken
Röhren: Schoten	Tomaten	Gewürzgurken
grüne Bohnen	Kofosnüsse	

Wwe. Emma Reinecke, Tel. 356

Zu Vereinsfesten

empfehle

Einladungen — Programme

Korso-, Schiess- und Kegelpreise

Diplome - Ehrenurkunden - Eichenkränze

Verlosungsartikel

Festabzeichen, Einlasskarten, Garderobeblocks

Tanzkontrollen — Tanzblumen

Willkommenschilder für alle Gelegenheiten

Papiergirlanden und -Fähnchen

Lampions, Feuerwerk usw.

Richard Arnold .i. Kemberg

Markt 3 und Leipziger Strasse 64/65

Vorsilber-Bonbons fallen lassen

Heserkelt, Verschleimung, Bronchialkatarrh - In allen Apotheken erhältlich. Stets vorrätig: Apotheke Kemberg

Für die warmen Tage!

Empfehle

Wochenend-Schürzen u. -Kleider

in Nessel, Leinen, Seidenrips, weiss und farbig

Kinder-Spielanzüge :::: Spielschürzen

vorgezeichnet, angehängen und fertig gestickt und genäht in reicher Auswahl und zu billigen Preisen, ferner

::: Tischdecken und Kissen :::

für Veranda- und Gartenmöbel

sowie sämtliche

Stickerematerialien — Handarbeitsgarne

Modenzeitungen, Handarbeitsalben, Aufplättmuster

Hübsche Neuheiten!

Rich. Arnold :: Kemberg :: Markt 3

Prima junge **Mastgänse und Masthähnchen**

sowie

Reh (zerlegt)

empfehle

Arthur Schamm :: Bergwitz

Der Kenner trinkt nur:

Pfeil



Kaffee

wegen seiner unübertroffenen Qualität.

Neue

Plüsch-Sofas

von 90 RM an, prima

Chaiselongues

von 36 RM an

Anlege-Matratzen

in allen Farben heute billig

Sugo Risch

Magdeburger Lose

Ziehung morgen Donnerstag

zu haben bei **Richard Arnold**

Eine

2-3 Zimmer-Wohnung

zu mieten gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Reh (zerlegt)

empfehle **Heinrich Schneider**

Ein Hahn

neues Heu

ab Wiese und 2 Jentner

altes Heu

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Einem jüngeren

Dienstfnecht

nach ausserhalb gesucht. Zu erfragen **Leipziger Straße 38**

Pergamentpapier

empfehle **Richard Arnold**

Schlüßengilde

Alle Kameraden werden zu einem

Spaziergang nach Niemitz

am Donnerstag abend eingeladen.

Der Vorstand



Am **Sonnabend, den 11. Juni**, veranstalten wir zur Einleitung des 9. Bezirksturnfestes im Hotel „**Blauer Hahn**“ einen

Fest-Abend

bestehend in

turnerischen Vorführungen, Gesangsvorträgen und Konzert

Wir laden hierzu die gesamte Einwohnerschaft von Kemberg und Umgegend auf das herzlichste ein

Männer-Turn-Berein Kemberg

Anfang 7/8 Uhr

Eintritt 30 Pf.

Am 11. und 12. Juni findet hier das 9. Bezirks-turnfest des 5. Bezirks im Anh.-Sächs. Gau statt. Um dem Fest ein ganz besonderes festliches Gepräge zu geben, richten wir an alle Einwohner die herzlichste Bitte, die Häuser und Straßen mit

Girlanden, Fahnen usw.

zu schmücken. Das dazu von der Stadtverwaltung bereitgestellte Grüne wird am Freitag nachmittag 6—7 Uhr vom Verein in den Straßen verteilt.

Der Männer-Turn-Berein Kemberg.

Für die uns zu unserer Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir herzlichst.

Otto Heinrich und Frau

Frieda geb. Köthmann

Kemberg—Scholls, im Juni 1932.

Für die uns zu unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Kemberg, im Juni 1932.

Richard Reinecke und Frau

Lydia geb. Sorbe.

Gestern abend verschied sanft nach kurzem Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

der Landwirt

Albert Kühne

an seinem 79. Geburtstag.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kemberg, den 8. Juni 1932.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Heute früh 1/5 Uhr entschlief sanft ganz plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

August Bille

im Alter von fast 69 Jahren.

Gniest, den 7. Juni 1932.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 10. Juni, nachmittags 1/3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Beilage zu Nr. 67 der Kemberger Zeitung

Donnerstag, den 9. Juni 1932.

Deutsche Tageschau

Keine Aufhebung der Sicherungsordnung.

Künftig wird gemäß dem unangetasteten Artikel 133 des Grundgesetzes der Reichstag die Aufhebung der Sicherungsordnung vom 17. November 1931, die zur Sicherung der Ernte für landwirtschaftliche Betriebe unter bestimmten Voraussetzungen einen Schutz gegen Zwangsversteigerung der Grundstücke sowie eine Bilanzberichtigung durch Abfrage im Einzahlungsverfahren vorzusehen, beschließen. Die Aufhebung der Sicherungsordnung ist weder jetzt, noch nach der Ernte beabsichtigt. Die Weisungsregierung hält an den Grundgedanken der Einzahlungsordnung durch aus und wird dafür sorgen, daß in der Abmilderung der Einzahlungsverfahrensverfahren keinerlei Störung eintritt.

Verfindung des preussischen Haushalts durch Notverordnung

Am Freitag der preussischen Staatsregierung besteht, wie verlautet, die Absicht, den Haushaltsplan für 1932 durch Notverordnung zu verfinden. Diese Verfindung wäre vermutlich bereits erfolgt, wenn sich nicht noch Schwierigkeiten wegen der Ueberleitung der sonstigen vom Reich für die Uebertragung der preussischen Siedlungsangelegenheiten hundert Millionen herausgestellt hätten.

„Volk ohne Recht! — Und Bayern?“

Die bayrische Volkspartei wird nach in dieser Woche zu dem neuen bayerischen Lage im Reich Stellung nehmen. Landesvorsitzender Kraft und Landesausführer der Partei sind zum 11. Juni nach München einberufen worden. Zu einer am Freitagabend im Zirkus-Krone in München stattfindenden Massenversammlung der Bayerischen Volkspartei wird der Parteivorsitzende Schäffer zu politischen Lage im Reich Stellung nehmen, und zwar unter dem Thema „Volk ohne Recht! — Und Bayern?“

Dr. Frid — Reichsminister der NSDAP.

Wie die „Nationalsozialistische Korrespondenz“ mitteilt, hat Hitler den Minister a. D. Dr. Frid zum Reichsminister für die kommenden Reichstagswahlen bestimmt. Der „Wälfische Beobachter“ schreibt: Mit der ewigwähren Bestimmung des Termins der Reichstagswahlen sei das Signal zum Endkampf um die Macht im Reich gegeben. Jetzt geht es für die Nationalsozialisten, die letzten Reihen aus Menschen und Organisation herauszuholen, das System auch im Reich zu durchdringen und auf immer von der Herrschaft über das deutsche Volk auszuschließen.

Die USA in der Krise

Veteranermärkte auf Washington. — Ziffern zur Finanznot.

Der Markt der Veteranen auf Washington, über den die Zeitungen in den letzten Tagen berichtet, ist geeignet, die Aufmerksamkeit des europäischen Publikums auf die offizielle Lage der Vereinigten Staaten von Amerika zu lenken. Handelt es sich doch bei der Forderung der Veteranen um die Realisierung eines einmaligen Anspruchs in Höhe von ungefähr 10 Millionen DM, eine Forderung, deren Erfüllung die Finanzen der Union endgültig erschüttern würde. Denn die Lage der Finanzen der Union, der Bundesstaaten und der Städte ist leistungsfähig, ungehörig, im Gegenteil die Wirkungen der Wirtschaftskrisis auf die öffentlichen Finanzen in Amerika ungeheuerlich. Nach den Ziffern, die das amerikanische Schatzamt kürzlich veröffentlicht hat, schließt das Budget, das am 30. Juni abläuft, mit einem Defizit von 3 Milliarden Dollar d. h. von mehr als 12 Milliarden DM. Das Defizit im Haushalt der Union ist mithin wesentlich größer als der ganze deutsche Reichshaushalt einschließlich der Ueberweisungen an die Länder. Diese amerikanische Ziffer ist aber nicht nur in ihrer absoluten Höhe erschütternd, sondern auch in ihrer Bedeutung für den Gesamtmarkt der Union, denn sie belegt daß ungefähr drei Viertel der Ausgaben der Union ohne Deckung sind. Es ist selbstverständlich, daß dieses Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben das Vertrauen in die finanzielle Situation der Vereinigten Staaten auf das schwerste erschüttert, und selbstverständlich bemüht sich die amerikanische Verwaltung, Mittel und Wege zu finden, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Die politischen Schwierigkeiten, die der Durchführung entsprechender Vor schläge entgegenstehen, sind aber in den Vereinigten Staaten größer als in

irgendwelchem anderen Lande, weil die Regierung in den entscheidenden Kommissionen des Kongresses nicht über die Mehrheit verfügt. So ist es gegenwärtig noch völlig unentschieden, auf welchem Wege die Korrektur des Budgets erfolgen wird.

Es ist selbstverständlich, daß sowohl für die Steuererhöhung als auch für die Senkung der Ausgaben gewisse Schranken objektiver Art gegeben sind. Insbesondere ist mit Streichungen im Etat kein Erfolg mehr zu erzielen, wenn die Einnahmen tatsächlich nur ein Viertel der Ausgaben decken. Immerhin ist es vielleicht zweckmäßig, einen gewissen Hebel über die Entlastung der Einnahmen und Ausgaben in den Vereinigten Staaten zu versuchen, um ein Urteil über die Natur des Finanzproblems gewinnen zu können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ausgaben der Union sich auf das Gebiet der Verteidigung und der auswärtigen Beziehungen beschränken, so daß eine ganze Reihe von Aufgaben, die selbst in England dem Staat als solchen zufallen, in Amerika Angelegenheiten der Selbstverwaltung sind. So ist beispielsweise der Straßenbau und vor allem die Rechtspflege die Folge von einer Angelegenheit der amerikanischen Gliedstaaten — deren Aufgabenkreis noch größer ist als der der deutschen Länder. Auf der anderen Seite gibt es gewisse Steuern wie die Einkommensteuer, in die sich die Union und die Gliedstaaten teilen, während beispielsweise die Zölle der Union, die Vermögenssteuer und die indirekten Steuern den Gliedstaaten und den Gemeinden überlassen sind. Die Gliedstaaten wiederum übernehmen gewisse Beträge an die Gemeinden, deren vor allen Dingen das Schulwesen, der Straßenbau, die sozialen Aufgaben der Polizeiverwaltung umfassen.

Die folgende Tabelle, die der Denkschrift des National Industrial Conference Board „Cost of Government in the United States, 1928-29“ entnommen ist, zeigt die außerordentliche Erhöhung aller öffentlichen Ausgaben gegenüber der Vorkriegszeit.

	1903	1913	1923	1928
In Millionen Dollar:				
Union	475	692	3.885	3.970
Gliedstaaten	182	383	1.242	1.826
Stadtkörper	913	1.844	5.136	6.813
Insgesamt	1.570	2.919	10.263	12.609
Pro Kopf der Bevölkerung in Dollar nach der Kaufkraft von 1913:				
Union	6,85	7,17	24,47	23,66
Gliedstaaten	2,63	3,97	7,73	10,88
Stadtkörper	13,19	19,10	31,95	40,60
Insgesamt	22,67	30,24	63,85	75,14
Prozentuale Verteilung der Ausgaben:				
Union	30,3	23,7	37,9	31,5
Gliedstaaten	11,6	13,1	12,1	14,5
Stadtkörper	58,1	63,2	50,0	54,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Die Zahlen pro Kopf der Bevölkerung zeigen, daß selbst wenn man das Wachstum der Bevölkerung und die Erhöhung des Preisniveaus berücksichtigt, die Ausgaben der Union um 40 Prozent gestiegen sind. In diesem Falle handelt es sich in erster Linie um die Vergütung und Amortisation der öffentlichen Schulden, d. h. der inneren Kriegsschulden, zu denen nicht unbedeutende Ausgaben für Kriegsbeschädigte und nichtkriegsbeschädigte Veteranen kommen. Die Ausgaben der Gliedstaaten und der Selbstverwaltungskörper sind ebenfalls beträchtlich gestiegen, was zum Teil auf die inflatorische Wirkung der Kriegsfinanzierung zum großen Teil aber auch auf die gegenüber der Vorkriegszeit beträchtliche Ausdehnung des öffentlichen Bauwesens und hier wiederum vor allem des Straßenbaus und des Baus von Schulen zurückzuführen ist. Man hat zwar diese Ausgaben für das Bauwesen fortsetztweise aus öffentlichen Mitteln finanziert, aber damit eben den Zinsen- und Amortisationsdienst der Gliedstaaten und der Selbstverwaltungskörper gewaltig erhöht. Die Nettoschulden der 48 Gliedstaaten, die 1922 936 Millionen Dollar betragen, stiegen bis 1929 auf 1856 Millionen Dollar, während die entsprechende Veranschlagung der Selbstverwaltungskörper von 8,6 Milliarden Dollar 1928 auf 11,1 Milliarden Dollar anstieg. Seit 1929 ist offenbar die Steigerung der öffentlichen

Ausgaben nicht mehr durch eine Steigerung des Volkseinkommens gerechtfertigt worden, sondern trotz einer Verringerung des Volkseinkommens fortgesetzt worden. Die Gesamtheit aller öffentlichen Ausgaben wird von priorer Seite für 1931 auf 14 Milliarden Dollar geschätzt, während man mit einer Verringerung des Volkseinkommens auf 52,5 Milliarden Dollar gegenüber 84,1 Milliarden Dollar im Jahre 1929 rechnet.

Frankreich besteht auf seinem Schein

Herriot vor der Kammer.

Paris, 8. Juni.

Die langwierige Regierungserklärung wurde von Herriot vor der Kammer verlesen. Er führte u. a. aus:

Innerpolitisch stehe die Regierung vor einer ersten finanziellen Lage. Die Methoden des Abwartens müßte durch Handlungen ersetzt werden, die sowohl die Finanzlage verbessern, wie auch der Gesamtheit der französischen Wirtschaft helfen. Die Regierung werde in Kürze einen einzelnen eingehenden Bericht über die Lage ausarbeiten und der Kammer einen Gelegenheitsentwurf unterbreiten, der eine ganze Reihe von Ausgaben-Einsparungen vorsehe. Es sei außerdem beabsichtigt, ein großzügiges Arbeitsprogramm aufzustellen, um der Arbeitslosigkeit zu wehren. Sowohl vom wirtschaftlichen wie auch vom außenpolitischen Standpunkt aus zwingen die Gelege der Inflation zu einer internationalen Zusammenarbeit. Die internationale Organisation der Arbeit bedarf der Verbesserung. Wir werden die Grundzüge der Sozialversicherung nicht anfallen lassen, sondern versuchen, der an ihr geknüpften Kritik gerecht zu werden. In futureller Beziehung haben wir bereits jetzt beschlossene, auch bis zur zweiten Stufe der Schuldfüllung vollkommene Rücklosigkeit einzuführen. Im Interesse einer allgemeinen Befriedung werden wir außerdem einen Gelegenheitsentwurf über die Amnestie für politische Vergehen einbringen.“

Zur Außenpolitik übergehend erklärte Herriot, daß seine Regierung alles tun werde, um die politische Entspannung, die wirtschaftliche Verbindung und die moralische Erziehung zu fördern.

„In der Reparationsfrage kann Frankreich sich die Rechte nicht abgeben lassen, die nicht nur aus Verträgen hervorgehen, sondern auch in den gegenseitigen Abkommen durch das Gewicht und die Ehre der Unterzeichneten geschützt sind.“ Eine Welt, die sich der Einwirkung des Rechts entzieht, ist über kurz oder lang unter die Macht der Gewalt fallen.

In Uebereinstimmung mit dem Völkerbundspakt werden wir die Sicherheit nicht nur für uns allein, sondern für alle großen und kleinen Staaten suchen, die in unseren Augen gleiche Ansprüche besitzen. Unsere Handlung wird von den Grundgesetzen beherrscht sein, von denen sich auch Briand bei seinem mehrheitlichen Wert leiten ließ.

In diesem allgemeinen Rahmen erklärt die Regierung sich zu allen Lösungen, auch zu Teillösungen, bereit, die auch eine offene Ausprägung in Genf eine Herabsetzung der Militäraufgaben ermöglichen, ohne die nationale Sicherheit Frankreichs in Frage zu stellen und die einen weiteren Abstieg auf dem Wege des Fortschritts und der „detaillierten Erörterung“ darstellten.

Die Regierung wird schon von jetzt ab alle nur möglichen Einschränkungen vornehmen, um sich diesen Bemühungen anzuschließen. Zahlreiche Wälder werden, und wir stehen diesem Leiden nicht gleichgültig gegenüber. Energievolle Anstrengungen können zumindest die moralische Beunruhigung eindämmen. Für dieses Bestreben wird wir unsere Mitarbeit an.“

Rundgebung des Staatspräsidenten

Herriot gab dann eine Rundgebung des Staatspräsidenten Lebrun zur Kenntnis, in der Lebrun noch einmal das Vertrauen an seinem Vorgänger Doumer brandmarkt und dessen maßlosem Leben einen warm empfundenen Nachruf

trifft. Dieser war aber auch gleichzeitig noch zweifels, ob er es wirklich war!

Immer noch schaute sie von Zeit zu Zeit groß und unfähig zu ihm herüber. Der Blick war so sonderbar — er ging ihm durch und durch. Er wurde unruhig. Wer war es? Einmal schloß sie die Augen. Sie dachte an einen Namen. Einmal schloß sie die Augen. Sie dachte an einen Namen. Einmal schloß sie die Augen. Sie dachte an einen Namen.

Sie trat einen Kognak? Auch sonderbar! Ob er dreißig an ihren Tisch gehen, sie unter einem Vorwand ansprechen sollte? Wenn sie ihn dann aber abfahren ließ? Vor aller Leuten?

Er hielt im allgemeinen nichts von Straßen- und Kaffeehausbesuchen.

Was dies aber nicht immerhin ein Ausnahmefall? Er blieb länger sitzen, als er beabsichtigt hatte. Fragte die Kellnerin, ob sie die Dame vielleicht zufällig kenne.

Auch Wally blieb lange sitzen, viel länger, als sie ursprünglich wollte.

Es ging auf den Abend. Vierstunde um Viertelstunde verließ er. Er blühte immer wieder zu ihr hinüber, sie zu ihm. Aber keiner wollte sich merken lassen. Schon bestellte er die dritte, sie die zweite Tasse Kaffee.

Die Zeit verstrich. An der Gasse veränderte sich nichts. Der Abend rückte vor.

Er mußte er doch unwillkürlich lächeln. Sie lächelte wieder. Damit war schon etwas gewonnen.

Es ging auf neun Uhr. Er konnte nicht länger bleiben. Zählte aufwühlend, erhob sich ganz langsam. Auch sie zählte sofort. Als er hinausging, neigte er ganz leicht den Kopf zum Grusse. Sie erwiderte diesen Gruss freundlich. Er ging hinaus. Fragte Wally. Als nun auch sie das Lokal verließ, trat er ihr, den Hut lösend, auf sie entgegen.

Er wurde sehr sympathisch. Zog, ein etwas längliches Gesicht mit stark ausgeprägter Oberlippe.

„Verzeihen Sie, gnädiges Fräulein — Sie schauen mich so groß an als Sie kamen — haben Sie mich vielleicht für einen Bekannten gehalten?“

Jagd nach Menschen

ROMAN VON HANS HEIDENREICH

(37. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Mein bisheriger Bürovorsteher ist so ernstlich erkrankt,“ jagte der Rechtsanwalt, „daß ich mit seiner Rückkehr nicht mehr rechnen darf. Würden Sie es ablehnen, wenn ich Ihnen diese Stelle anböte?“

Hensrud zuckte beharrlich die Achsel.

„Es wäre natürlich liebzunehmend von Ihnen,“ erwiderte er, „aber ich kann nicht darum bitten. Das liegt mir nicht. Ich muß meine Freiheit behalten. Außerdem könnte ich dabei ja auch gar nicht weiterkommen. Ich wage jetzt, um mir in ein, zwei Jahren einen weiteren Kragen anzuschaffen und mit einem Chauffeur einstellen zu können. So arbeitet man sich von unten herauf!“

„An diesem Tage trat Hensrud recht nachdenklich die Heimfahrt an.“

Wally Braun war auf Reisen gegangen. Sie mußte vergessen, sich zu erinnern. Am Sonntag wollte sie gar nicht mehr denken — aber es gelang ihr doch nicht, ihn auf einmal aus ihren Gedanken zu vertreiben. Der Vater schrieb ihr, daß er verzogen sei. Wäheres wisse man nicht, noch nicht. Angehörig sei er in der Fahrt eines Freundes untergekommen.

Immer wieder hing ihm Wally in Gedanken nach. Das Leben erschien ihr sinnlos, inhaltslos, öde. Alles, was sie zu leben bekam, berührte sie kaum. Menschen suchten wie Schatten an ihr vorüber. Wenn sie mit jemandem sprach, gingen ihre Gedanken abwärts, auf eigenen Wegen.

Einige Zeitbrüche in den Gedanken, wo sie mit einer Tante, einer Schwester ihrer Mutter, zusammentrat. Diese Tante erstelt Instruktionen von Mama Braun, wie sie Wally behandeln sollte. Die aber pfiff darauf, hief allein durch die Gegend, machte waghalsige Kletterpartien und schaukelte in einem Seelenverläufer auf dem Wasser

herum, wenn alle anderen Menschen wegen des Sturmes zu Hause blieben.

Aber es gelang ihr weder zu tentern, noch abzufürzen. Eines Tages jagte sie zu ihrer Tante:

„Ich jahre nach Wäheren.“

Die Gegenüberstellungen der Tante nützten nichts. Wally fuhr:

„Was sie in Wäheren eigentlich wollte, wußte sie selber nicht. Erst als sie dort war, entfiel sie sich, daß hier eine Pensionstendenin und ihr, wohnte. Aber sie ging nicht hin. Wally streifte sie in der Stadt umher.“

Endlich machte sie vor einem Café halt. Sie mußte sich etwas ertönen und ging hinein.

Kaum war sie durch die Tür geschritten, als ihr Blick auf einen jungen Menschen fiel, der abseits allein an einem kleinen Tisch saß. Sie starrte ihm in die Augen — zwei — drei Sekunden lang, ohne loszukommen, ganz fest, ganz tief, wie von magnetischen Kräften angezogen. Ihren ganzen Körper durchdrachte es. Sie wußte nicht mehr, was um sie her vorging. Unwillkürlich griff sie nach einem Stuhl, tastete, hielt sich, feste sich wie eine Marionette nieder.

Ihr war es, als habe sie sich selber verloren. Was war nur geschehen? Gott! Ich darf, das sie nun fest und sicher an einem Tisch lag. Eine Kellnerin kam. „Mitte.“

Wally starrte sie wie gelähmt an.

„Was wollen Sie?“ fragte sie vollkommen verwirrt.

„Was darf ich bringen?“ fragte die Kellnerin, die nun auch verwundert war.

„Bringen Sie — bringen Sie einen Kognak, mir ist nicht gut!“ erwiderte Wally.

Die Kellnerin eilte fort.

Der junge Herr, dem sie auf einige Entfernung gegenüber saß, rührte in seiner Kaffeehalle und war nur zu weit von ihnen verflochten, fragenden Blick zu Wally hinüber.

Warum hatte sie ihn nur so angefaßt? Er dachte darüber nach. Wahrheitsgemäß — so nahm er an — besaß er eine starke Ähnlichkeit mit irgend einem Verwandten oder Bekannten von ihr, den sie hier nicht erwartet hatte, be-

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltene Zeilenspalte 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedeutend geltebener oder durch Fernschreiber abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagsgebühr: 10.— M. Das Kaufen, ausliefern Postgebühren: Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 67

Donnerstag, den 9. Juni 1932

34. Jahrg.

Stadtverordneten-Sitzung Freitag, den 10. Juni, 20 1/2 Uhr, im Rathhause.

- Z Tagesordnung
1. Entlastung der Getreiditätsberechnung 1930/31.
 2. Rechnungsprüfung der Sparkasse 1931.
 3. Antrag einer fahrbaren Leiter für die freim. Feuerweh.
 4. Bewilligung eines Zuschusses für Uniformbeschaffung der freim. Feuerweh.
 5. Ausbau des Gerätehauses der freim. Feuerweh.
 6. Bewilligung für die freim. Sanitätskolonne.
 7. Veranlagung der künftigen Ordnung.
 8. Umwandlung der Mauergräben in eine Gartenanlage.
 9. Verkauf eines Grundstücks in der Gartenanlage.
 10. Abschluß eines Erbbaupachtvertrages über ein Baugrundstück an der Anhalter Straße.
 11. Kenntnisnahmen.

Hierauf geschlossene Sitzung.

Schreibenbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlaßkarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlaßkarten sind ungültig.

Kemberg, den 7. Juni 1932.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

95) H. Ludlow.

Das Kabinet an der Arbeit

Beratungen über die Deckung der laufenden Ausgaben.

Berlin, 7. Juni.

Zur Vorbereitung der nächsten Kabinettsitzung begannen im Reichsfinanzministerium Konferenzen über die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um im Interesse der Angangigkeit des Staatsapparates die notwendigen Zahlungen für die nächste Zukunft leisten zu können. An den Besprechungen nehmen auch Vertreter des Wirtschaftsj. und des Arbeitsministeriums teil.

In welcher Weise die nötigen Gelder herbeigeschafft werden, ist eine noch offene Frage. Es kann insofern auch noch nicht gesagt werden, ob die von der Regierung Brünning geplante Beschäftigtensteuer oder die Verlängerung der Biersteuer kommen werden.

Reichstagswahl am 31. Juli

Als Wahltermin für die Reichstagswahl ist der 31. Juli festgelegt worden. Der Erlass des Reichspräsidenten über die Festlegung des Wahltermins wird heute veröffentlicht werden.

Reichsarbeitsministerium befehlt

Der Reichspräsident hat den Präsidenten des Reichsverkehrsamtes Schaeffer zum Reichsarbeitsminister ernannt. Präsident Schaeffer ist Beamter und bisher politisch nicht herorgetreten.

Kommt ein Reichskommissar für Preußen?

Es mehren sich die Gerüchte, die von der bevorstehenden Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen wissen wollen. In diesem Zusammenhang sind in der Presse bereits die verschiedenartigsten Kombinationen aufgetaucht.

In einem Berliner Blatt wird neuerdings behauptet, daß die Reichsregierung die schlechte Finanzlage in Preußen zum Anlaß nehmen werde, einen Reichskommissar zu ernennen. Aus diesem Grunde würde zunächst der Landtag früher als ursprünglich beabsichtigt wieder einberufen werden, um zu versuchen, einen neuen Ministerpräsidenten zu finden. Da dieses Beginnen schon jetzt als aussichtslos betrachtet werden könne, würde zur Deckung der preussischen Finanzen ein Reichskommissar ernannt werden. Es braucht kaum betont zu werden, daß es sich hier lediglich um Mutmaßungen handelt.

Was die Finanzlage angeht, so liegen die Dinge tatsächlich folgendermaßen: Zwischen dem feinerzeitigen Reichsfinanzminister Dietrich und dem preussischen Finanzminister Klepper ist eine Abmachung getroffen worden, der zufolge sich das Reich verpflichtet, den Fehlbetrag im preussischen Haushalt in Höhe von rund 100 Millionen RM. aus Reichsmitteln bzw. im Wege der Siedlung zu decken. Mögen die preussische Regierung auf ihre Anleihe an der Siedlungsbank verzichten. Von zuständiger preussischer Seite wird nunmehr erklärt, daß Preußen zwar keine Verpflichtungen hinsichtlich der Siedlungsbank voll erfüllt habe, daß es aber vom Reich bis auf den heutigen Tag noch keinen Pfennig als Gegenleistung erhalten habe.

Im übrigen nimmt die preussische Regierung in Sachen Reichskommissar eine abwartende Haltung ein. Sie ist der Auffassung, daß sich zunächst die Parteien erklären müssen, einen neuen Ministerpräsidenten zu finden. Erst nachdem die Verhandlungen hierüber erfolgreich abgeschlossen seien, könne die Frage der Errichtung eines Reichskommissars überhaupt in die Debatte gezogen werden, womit die Regierung Brauns allerdings zur Sache selbst nicht Stellung genommen haben will. Eine Stellungnahme der neuen Reichsregierung zu diesen Fragen liegt noch nicht vor.

Reich und Preußen

Von Papen fordert früheren Zusammentritt des Landtags.

Berlin, 8. Juni.

Reichskanzler von Papen hat an den Präsidenten des preussischen Landtags, Kerl, ein Schreiben gerichtet, in dem eine frühere Einberufung des Preussischen Landtages als ursprünglich beabsichtigt, empfohlen wird.

In dem Brief bittet der Kanzler den Präsidenten, sich dafür einzusetzen, daß der Preussische Landtag, der nach den bisherigen Dispositionen erst am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, früher einberufen werde. Der Reichskanzler begründet diese Bitte damit, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwärtig verhältnismäßig wichtige Angelegenheiten, vor allem Finanzfragen, zu verhandeln seien, und daß er es für besser halte, wenn diese Verhandlungen auf preussischer Seite nicht von einem geschäftsführenden, sondern von einem nach verfassungsmäßigen Grundzügen gebildeten ordentlichen Kabinet geführt werden können.

Präsident Kerl hat unmittelbar nach Empfang des Schreibens sich mit den maßgebenden Vertretern der Fraktionen in Verbindung gesetzt.

Die ursprünglich längere Vertagung des preussischen Landtags war auf Wunsch verschiedener Parteien mit der Begründung erfolgt, daß die Parteien Gelegenheit haben müßten, sich an dem jetzt im Gange befindlichen Wahlkampf in Hessen zu beteiligen. Mit Rücksicht auf den gleichfalls einberufenen Reichstagswahlkampf nimmt man in preussischen parlamentarischen Kreisen an, daß auch die zweite Sitzung des Preussenparlamentes nur von kurzer Dauer sein wird.

Neftesrat des Landtags am Freitag

Präsident Kerl hat den Neftesrat des Preussischen Landtags am Freitag, den 10. Juni, nachmittags 17 Uhr einberufen. In dieser Sitzung des Neftesrates soll die Entscheidung über eine frühere Einberufung des Preussischen Landtages getroffen werden.

Die Finanzbesprechungen

Zwischen dem Reichskanzler und Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk einerseits und dem preussischen Wirtschaftsminister Hirtzler bzw. dem Finanzminister Klepper auf der anderen Seite fand in der Reichskanzlei eine Besprechung statt, die der Frage des 100-Millionen-Fehlbetrages im preussischen Haushalt galt.

Das Reich hatte sich feinerzeit verpflichtet, der preussischen Regierung gegen Abtretung der preussischen Anleihe an der Siedlungsbank die Mittel zur Deckung des Fehlbetrages zur Verfügung zu stellen.

Von Reichsseite wird zu dieser preussischen Darstellung erklärt: Bei der damaligen Besprechung, bei der das Reich durch den heutigen Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk vertreten wurde, sind keine verbindlichen Zusicherungen gegeben worden. Es hat sich vielmehr lediglich um eine bedingte Zusage gehandelt, da noch gewisse Bürgerpflichten durch Preußen geleistet werden müßten. Die Verhandlungen seien infolgedessen nie endgültig abgeschlossen worden.

Grundsatzvertrag über Preußen

Das Reich hat sich feinerzeit verpflichtet, der preussischen Regierung gegen Abtretung der preussischen Anleihe an der Siedlungsbank die Mittel zur Deckung des Fehlbetrages zur Verfügung zu stellen. Von Reichsseite wird zu dieser preussischen Darstellung erklärt: Bei der damaligen Besprechung, bei der das Reich durch den heutigen Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk vertreten wurde, sind keine verbindlichen Zusicherungen gegeben worden. Es hat sich vielmehr lediglich um eine bedingte Zusage gehandelt, da noch gewisse Bürgerpflichten durch Preußen geleistet werden müßten. Die Verhandlungen seien infolgedessen nie endgültig abgeschlossen worden.



im Augenblick nicht imstande zu sein, die von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich für die preussischen Siedlungsanleihe zugesagten 100 Millionen Reichsmark zu überweisen.

Das preussische Staatsministerium trat sofort zusammen, um sich mit der erstehenden Lage zu befassen. Da die 100 Millionen Reichsmark zum Haushaltsausgleich erforderlich sind, ist infolge des Scheiterns der Verhandlungen mit dem Reich ein Fehlbetrag in dieser Höhe des preussischen Haushalts vorhanden, der durch weitrtragende Beschläge des Staatsministeriums ausgeglichen werden soll.

von Neurath über den neuen Kurs

London, 8. Juni.

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times“ erklärte Reichsaussenminister Freiherr v. Neurath, daß das neue Kabinet, wie jedem unbefangenen Beobachter klar sein müßte, sich aus Männern mit gutem Willen und gesundem Menschenverstand zusammensetze, die meist als frühere Beamte eine erhebliche Vorbildung für ihren Ministerposten besitzen. Es sei dem Präsidenten von Hindenburg zum Bewußtsein worden, um die vielen schwierigsten Probleme zu lösen, die sich der deutschen Regierung entgegenstellten. Es werde in der Lage sein, Deutschland durch eine besonders schwierige Zeit hindurchzubringen.

Von einer Wiederherstellung der Monarchie ist keine Rede, und der Gedanke, daß Präsident Hindenburg dem früheren deutschen Kronprinzen das Amt als Präsidenten übergeben werde, ist eine reine Erfindung.

Freiherr von Neurath sprach sich außerdem über das voraussichtliche Ergebnis von Kaufmann und der Abrüstungskonferenz aus, die, wie er annehme, parallel laufend mit der Bauhauser Konferenz, weiter fortgesetzt würde. Im großen und ganzen werde die Kontinuität der deutschen Politik erhalten bleiben. Er habe selbst Dr. Brüning geliebt, der sich jetzt in einem Zustand der Ergrüpfung befinde, und er glaube sagen zu können, daß der frühere Kanzler seiner Lebensaufgabe als Außenminister aufstiehe.

Brünning verteidigt sich

Entgegung des alten Kabinetts auf die Erklärung der neuen Regierung.

Berlin, 7. Juni.

Der bisherige Reichskanzler Dr. Brüning und die übrigen Mitglieder der früheren Reichsregierung veröffentlichten folgende Erklärung:

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben. Der sachlichen Auseinandersetzung über der Volkserrettung hat sie sich entzogen. Das deutsche Volk wird es darum versehen, wenn wir auf diesem Wege dem Verluh, die Verantwortung für die Verhältnisse, entgegenzutreten.

Wo hin gehen die Vorwürfe? Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen konteroft, die Reformen über schwache Anläge nicht hinausgeführt und das künftige Leben nicht an die Armut der Nation angepasst.

Was ist Wahrheit? Bei keinem Antritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinet Dr. Brüning eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte, die Währungen zerrütete und die für das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders scharfe Wirkungen haben mußte. In einer Zeitpanne, in welcher der Außenhandelsverkehr der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirkte, war es — wie immer die Aufnahmefähigkeit einer Regierung sein mochte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückschlüpfigen Bewegung abzurufen.

Andere Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reparationen gelebt, die Deutschland fehlten, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland lachlich ist und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte Entzerrung von Banken, Anstufwerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Aufwendung von Hundertern von Millionen Mark durchgeführt werden.

In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als lechs Milliarden Mark gedreht. Das sind nicht „schwache Anläge“, wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt. Die tatsächliche Anpassung an die Armut der Nation ist weittragend erfolgt und in dem Haushalt jedes einzelnen sichtbar geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen im großen Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Wahrung aller Ehre über behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt.

Das Kabinet Brüning ist aus dieser Arbeit herausgeriffen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Staatsjahres 1932—33 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maß-